

Sekretariat Staatssekretär  
p.B. 15.21.R.(13)- MAP

Bern, den 24.11.1991


### Besuch Staatssekretär Jacobi in Petersburg, Moskau und Kiew

In der Beilage erhalten Sie Gesprächsnotizen über die randvermerkte Reise. Eine Synthese der wichtigsten Gesprächspunkte erfolgte bereits im Wochentelex vom 25.11.1991. Weitere Details insbesondere hinsichtlich einer möglichen humanitären Hilfe sowie konkrete Anfragen zu schweizerischen Unterstützungsmöglichkeiten folgen mit separater Notiz an die zuständigen Stellen.

Wenn im beiliegenden Text eine gesprächsweise und nicht eine thematische Gliederung gewählt wurde, geschah dies insbesondere mit der Absicht, die unterschiedlichen Akzente der einzelnen Gesprächspartner zu jeweils gleichen oder ähnlichen Fragen zu verdeutlichen. Gewisse Wiederholungen waren aufgrund dieser Darstellung unvermeidlich.

In den meisten Gesprächen standen drei Themenbereiche im Vordergrund:

1. Innere Verhältnisse in der Sowjetunion:
  - Beziehungen Union/Republiken
  - Wirtschaftliche Lage
2. Bedeutung der innenpolitischen Veränderungen für die Aussenbeziehungen
3. Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen Schweiz-Sowjetunion
  - humanitäre Hilfe
  - technische Zusammenarbeit
  - andere bilaterale Zusammenarbeit

  
Peter Maurer



p.B. 15.21.R.(13)- MAP

### 1. Gespräch mit dem Oberbürgermeister von St.Petersburg, A.Sobtschak (S)

Die fortschreitende Entideologisierung - eine fast zwangsläufige Begleiterscheinung des fortschreitenden Zerfalls der Union - wird gerade im Gespräch mit S besonders deutlich. Wo noch vor kurzem die neue "langue de bois" der Perestroika politische Gespräche beherrschte, geht es heute fast ausschliesslich um die Versorgung Petersburgs mit Lebensmitteln während der Wintermonate und um ausländische Investitionen in der Agglomeration von St.Petersburg. Die wirtschaftlichen Probleme seien zwar durch die politischen hervorgerufen, doch verspürt S sichtlich keine Lust auf lange politische Debatten über das "absurde alte System" und die Unabhängigkeitstendenzen von Republiken und Regionen: es geht um wichtigeres.

1.1. Zur Bewältigung von Versorgungsengpässen erläutert S einen Vorschlag, den er schon gegenüber andern potentiellen westlichen Gebern dargelegt hatte: Ueberschüsse aus Westeuropa sollten, mit westlichen Krediten bezahlt, in der Sowjetunion gegen Rubel verkauft werden; der Erlös würde sodann in einen Fonds fliessen, welcher wiederum für die Unterstützung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe zur Verfügung stehen sollte. Der Wert von 10 Tonnen Getreide würde es beispielsweise ermöglichen, etwa 20 kleineren Betrieben zu helfen. Wenn nach einigen Jahren (S spricht von zwei bis drei) der Rubel konvertierbar wäre, könnten die Kredite zurückbezahlt werden. Der Transport einer solchen Hilfe könnte im übrigen von Antonow-Flugzeugen der sowjetischen Luftwaffe übernommen werden.

JAC betont, dass die Schweiz weniger an einer Rückzahlung allfälliger humanitärer Hilfen interessiert wäre. Vielmehr wäre es zu begrüssen, wenn uns als Gegenleistung ein Gebäude zur Verfügung gestellt würde, welches ein Generalkonsulat und eventuell gar Niederlassungen schweizerischer Betriebe und wirtschaftlicher Interessenverbände beherbergen könnte.

S schlägt vor, dass ein Mitglied der Botschaft in Moskau mit einem Vertreter der Abteilung für Aussenbeziehungen der Stadt (Vladimir Putin) die Angelegenheit weiterverfolgt.

1.2. JAC erkundigt sich im weiteren, ob die mit der UdSSR abgeschlossenen Rahmenabkommen (ISA, DBA) automatisch auch auf dem Gebiet der Russischen Föderation gelten würden. S bejaht dies mit dem Hinweis, dass alle Unionsgesetze und Verpflich-



tungen von Russland anerkannt würden. Gewinne könnten gemäss der gegenwärtigen Gesetzgebung auf drei Arten verwendet werden:

für neue Investitionen

für den Kauf von Wertpapieren

für den Kauf harter Währungen, welche ihrerseits exportiert werden können (es bleibt allerdings offen, zu welchem Kurs dies erfolgen könnte).

Was die Steuern betrifft, sind diese auf dem Gebiet von Union und Republik gleich. Allerdings werden gerade für ausländische Investoren durch die auf anfang 1992 geplante Schaffung einer Freizone um Petersburg attraktivere Bedingungen geboten.

## 2. Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter des Komitees für die operative Regelung der Volkswirtschaft (Wirtschaftsrat), G.A. Iavlinskij

Im Zentrum der Unterredung standen die wirtschaftliche Lage sowie die westlichen Hilfsmöglichkeiten an die Sowjetunion und die einzelnen Republiken.

2.1. I. hebt zwar, gleich wie S hervor, wie gross die Bedürfnisse sind, doch betont er die Notwendigkeit einer sehr gezielten Hilfe. Die grösste Notlage bestehe im Norden des Landes und in den grossen Städten, welche heute von ihren früheren Versorgungsgebieten, den Republiken im Süden, aus politischen Gründen oft nicht mehr beliefert werden. Eine Hilfe sollte ausserdem nicht allzu früh und nur bei einer erwiesenermassen schwerwiegenden Notlage erfolgen, da sonst die Gefahr bestehe, dass bei einer weiteren und wahrscheinlichen Verschlechterung die Hilfsmöglichkeiten erschöpft seien. Struktur und Art der Hilfe müssten genau auf die Bedürfnisse ausgerichtet sein. Ausserdem sei zwischen einer Ueberlebenshilfe und einer wirtschaftlichen Unterstützung im eigentlichen Sinne zu unterscheiden. Ersteres rechtfertige sich insbesondere in Form von gezielten Lieferungen an Krankenhäuser, Kinderheime etc.. Wichtig sei dabei auch, dass nützliche und nicht luxuriöse Güter geliefert würden, da sonst die Gefahr von Diebstahl und andern Missbräuchen bestehe. Auch die Frage, welches die richtigen Partner seien, sei schwierig zu beantworten. Wichtig sei es, mit jenen Leuten zusammenzuarbeiten, die etwas Kreatives machen wollten, unabhängig davon, ob diese für die Union oder die Republiken arbeiteten. Das Zentrum müsse aber informiert bleiben, damit sich einzelne Hilfsaktionen in eine Gesamtstrategie einfügten.

Generell zeigt sich I bezüglich der Hilfsmöglichkeiten skeptisch. Die Sowjetunion, welche einen Sechstel der Erdoberfläche umfasse, sei ganz einfach zu gross als dass man ihr helfen könne: " but we cannot go to the moon and you can't either".



2.2. Länger- und mittelfristig stehe jede wirtschaftspolitische Strategie vor zwei Alternativen:

- der Integration der Sowjetunion in die Weltwirtschaft, was eine Einbettung einzelner wirtschaftspolitischer Massnahmen in ein Gesamtkonzept erfordere; dieser Weg sei riskant und nur längerfristig erfolversprechend;
- der Weg einer Vielzahl kleiner Hilfsprojekte, mit welchen zwar ein beschränkter und rascher Erfolg möglich sei, längerfristig jedoch nicht viel erreicht werde.

Für I besteht kein Zweifel, dass nur der erste Weg wirklich zum Erfolg führt.

2.3. Alarmierend ist I's. Analyse des politischen Desintegrationsprozesses. Dieser habe zuerst die Union betroffen, nun setze er sich innerhalb der einzelnen Republiken fort und schliesslich wollten auch kleinere Regionen, Völker und Städte nicht mehr zu einer wie auch immer gestalteten Einheit gehören. I schliesst immerhin nicht aus, dass die Aufspaltungstendenzen innerhalb der einzelnen Republiken diese doch noch überzeugen, eine locker gestaltete Union anzustreben.

Das Auseinanderfallen der Union führe zu unmöglichen Vorschlägen, die Guthaben der Union unter die verschiedenen Republiken aufzuteilen. Im Gegensatz dazu sieht I die Privatisierung als beste Möglichkeit an, Dezentralisierung und wirtschaftliche Reformen zu kombinieren.

2.4. Im Zusammenhang mit der Frage der Rechtsnachfolge von Verträgen, welche mit der Union abgeschlossen worden waren (ISA/DBA) warnt I vor verfrühten Verhandlungen mit den Republiken. Diese würden, weil sie durch den Abschluss von Abkommen die Anerkennung anstrebten, manches unterzeichnen und vieles nicht einhalten können. Solange allerdings Moskau sein Einverständnis nicht gebe, sei die konkrete Ausgestaltung der Souveränität der Republiken und damit auch die Einhaltung der Abkommen nicht gewährleistet.

Gerade mit der Ukraine stünden noch zahlreiche politische Fragen an (russische Minderheit, Atomwaffen, sowjetische Flotte im schwarzen Meer, Donbassbecken etc). Solange diese nicht befriedigend gelöst seien, könne die Ukraine auch nicht unabhängig werden.

### 3. Gespräch mit dem stellvertretenden Aussenminister Deryabin (D.)

Gleich wie bei andern Gesprächspartnern fällt auf, dass die Sowjetunion heute mit internen Problemen so beschäftigt ist, dass kaum mehr Zeit und Energien übrig sind,



sich mit aussenpolitischen Fragen zu befassen. Im Zentrum der Unterredung standen denn auch das Verhältnis zwischen Union und Republiken sowie konkrete Unterstützungsmöglichkeiten durch die Schweiz, insbesondere die Konkretisierung der durch Bundesrat Felber und Aussenminister Schewardnaze am 1.12.1990 unterzeichneten schweizerisch-sowjetischen Absichtserklärung.

3.1. Nachdem der Staatsrat am 14.11.1991 Beschlüsse über die Reorganisation des Aussenministeriums gefällt hatte, wurde das neue Verhältnis zwischen Union und Republiken in den Gesprächen mit JAC offenbar erstmals vordemonstriert. Neben D, welcher für die Union sprach, nahmen an den Gesprächen auch Vertreter Usbekistans und Azerbeidschans teil; das tadschikische Aussenministerium liess sich zu einzelnen Fragen schriftlich vernehmen.

In der Kompetenzaufteilung Union/Republiken sind inskünftig folgende Regelungen vorgesehen:

- Das Ministerium für auswärtige Beziehungen wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Fragen zuständig sein. An der Spitze steht der Ministerrat der Aussenminister, welcher die Aufgabe hat, eine Synthese der Positionen der einzelnen Republiken zu erarbeiten und Instruktionen für Unionsdelegationen zu formulieren.
- Für die Vertretung in internationalen Organisationen müssen neue Formen noch gefunden werden. Was die UNO betrifft ist vorstellbar, dass die Union inskünftig im Sicherheitsrat, die einzelnen Republiken jedoch in der Versammlung als Mitglieder vertreten sind.

Ein erster praktischer Schritt des Einbezuges der Republiken in die Unionsausserpolitik wird sein, dass Vertreter der Republiken in die sowjetischen Vertretungen im Ausland integriert werden. (Die Aussenministerin Kasachstans wird beispielsweise ihr Land als stellvertretende Missionschefin der sowjetischen Botschaft in New York bei der UNO vertreten).

- Die Politische Union wird nur jene Republiken umfassen, welche Mitglieder sein wollen, doch ist jede Republik in der Union willkommen und zwar auch als Nachzügler.
- Ob eine Republik ihre Interessen als souveränes Völkerrechtssubjekt international selbständig vertritt oder ob sie sich durch die Union vertreten lässt, ist Sache der einzelnen und souveränen Republiken. Kleinere, insbesondere zentralasiatische Republiken dürften inskünftig stärker als Russland oder die Ukraine auf die Unterstützung durch die Unionsministerien angewiesen sein. Letztlich bedeutet dies, dass gemäss den Entscheiden der Republiken, die Beziehungen zum Zentrum entweder durch den Unionsvertrag oder durch Völkerrecht geregelt werden.



Auf die Frage JACs, ob dies bedeute, dass das Zentrum diplomatische und konsularische Beziehungen der einzelnen Republiken akzeptiere, antwortet D ohne Einschränkungen mit Ja.

3.2. Im Bereich der bilateralen Zusammenarbeit begrüsst D die Projekte, die auf der Basis der Absichtserklärung vom September 1990 verwirklicht wurden, regt aber für die Zukunft einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit an. Für die sowjetische Seite sind folgende Bereiche von Interesse:

- Erfahrungsaustausch über Föderalismus
- Ausbau des politischen Dialogs
- Zusammenarbeit im Erziehungsbereich
- Drogenbekämpfung und Bekämpfung des organisierten Verbrechens
- öffentliches Gesundheitswesen
- Zivilverteidigung
- Hilfe bei der Bekämpfung der Schäden der Katastrophe von Tschernobyl
- Wunsch der Sowjetunion Kontakte mit dem EJPD fortzusetzen (Besuch Bundesanwalt, Vorsteher EJPD)
- Zusammenarbeit im Umweltbereich
- von seiten Azerbeidjans wird spezifisch eine Konsultation über Sprachprobleme (verschiedene Nationalsprachen) angeregt
- Usbekistan seinerseits ist an einer Zusammenarbeit im Technologiebereich interessiert

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im weiteren Sinne hofft man auf eine engere Zusammenarbeit in den folgenden Bereichen:

- Ausbildung von Bank- und Finanzspezialisten
- Gesetzgebung betreffend kleinere und mittlere Betriebe
- Energiespartetechnologie
- Kaderweiterbildung
- Nutzung der Energie im Hochgebirge
- Lawinenvorsorge

Konkrete Projekte sollten auf Expertenebene diskutiert werden

JAC erläutert schweizerische Unterstützungspraxis und Politik gemäss dem zweiten Rahmenkredit. Er gibt zu bedenken, dass in gewissen Bereichen (Drogenbekämpfung etc) multilaterale Foren besser geeignet sind als bilaterale Hilfsprojete. Für ersteres eignet sich besonders gut die nun intensivierete Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Europarat.



#### 4. Gespräch mit Aussenminister B.D. Pankine (P)

4.1. Wie bei D steht das Verhältnis Union/Republiken und dessen Einfluss auf die Aussenpolitik im Vordergrund. Nach P soll die Union inskünftig eine Konföderation demokratischer Staaten sein, in welcher sowohl die Konföderation als auch die einzelnen Mitglieder Völkerrechtssubjekte wären. Wer genau auf welchem Gebiet zuständig sei, müsse noch vereinbart werden, doch sollten die "grossen Fragen", wie Sicherheit und Abrüstung sowie die Vertretung in internationalen Organisationen durch die Union geschehen, während in andern Fragen eigenständige Aussenpolitiken der Republiken durchaus möglich wären. Massgebend sei, wie der Entscheidungsprozess in der Union geregelt werde. Das gegenwärtige Unionsprojekt sieht vor:

    einen einmal pro Monat tagenden Aussenministerrat der Republiken

    ein Exekutivsekretariat der Aussenminister

    permanent tagende ständige Vertreter der Aussenminister

Kämen diese zu keiner Einigung würde eine strittige Frage an den Staatsrat weitergeleitet, welcher nach relativem Mehr entscheiden würde.

P macht deutlich, dass wenn einmal die Union im beschriebenen Sinne eingerichtet sei, direkten diplomatischen und konsularischen Beziehungen der einzelnen Republiken nichts mehr im Wege stehe.

4.2. Was Jugoslawien betrifft, betont P die sowjetische Unterstützung für eine politische Lösung des Konfliktes. Im Gegensatz zu den ersten Wochen des Bürgerkrieges glaube sie jedoch nicht mehr, dass die Einheit des Landes im bisherigen Sinne bewahrt werden könne. Eine Union souveräner Staaten, ähnlich dem nun für die Sowjetunion vorgesehenen Modell, wäre wohl der beste Weg. Skeptisch zeigt sich P hinsichtlich der Wirksamkeit eines Oelemgargos und der Oportunität von Peacekeeping-Verbänden; letztere könnten leicht selbst in die Kämpfe verwickelt werden, was den Konflikt nur weiter Verschärfen würde.

4.3. Was die Gespräche mit einer Delegation afghanischer Mujaheddin betrifft, bewertet P bereits die Tatsache des Zustandekommens der Gespräche als einen Erfolg. In der Sache selbst wurden offenbar wenig Fortschritte erzielt. Enttäuschend sei insbesondere die kompromisslose Haltung der Mujaheddin zur Freilassung sowjetischer Kriegsgefangener. Nicht einmal die Zahl der noch lebenden Gefangenen sei mitgeteilt worden.



## 5. Gespräch mit dem russischen Aussenminister A.V. Kozyrev (K)

Während D. und P. das Verhältnis Union-Republiken aus der Sicht des Zentrums beschrieben, vertritt K die Sicht der bedeutendsten Republik. Er spricht von einer tiefen Krise, welche das kommunistische System hinterlassen habe und davon, dass die wichtigste Aufgabe nun darin bestehe, den Desintegrationsprozess so "zivilisiert wie möglich zu gestalten". Konkret sind folgende Feststellungen erwähnenswert:

5.1. Auf die Frage, wer heute international der Ansprechpartner der Sowjetunion sei, kann K. keine eindeutige Antwort geben. In einigen Fällen sprächen das sowjetische Aussenministerium und die Botschaften im Ausland auch für die RSFSR, in andern Fällen jedoch nicht. Er empfiehlt allen Ländern sich in jedem Falle zu versichern, dass die jeweiligen Gesprächspartner ein Mandat hätten. In jedem Falle könne heute eine Stellungnahme der Union nur nach erfolgter Mitbestimmung der Republiken erfolgen. Diese Aussage bestätigt den Eindruck einer "Union à la carte", welche von Fall zu Fall definiert wird.

5.2. Sinnvoll sei es, einige Abkommen über allgemeine Prinzipien und Leitlinien einer Union zu haben ("umbrella agreements"). Dagegen habe die Union auf wirtschaftlichem Gebiet nichts mehr zu suchen; die Wirtschaftsreform sei Sache der Republiken. Russland habe denn auch mit dem Jelzin-Plan seine Strategie dargelegt.

5.3. Was die Geltung von mit der Union geschlossenen Verträgen für die Republiken betrifft (ISA, DBA u.a.) regt K an, eine ad-hoc Gruppe zwischen dem russischen Aussenministerium und unserer Botschaft in Moskau solle die bestehenden Abmachungen überprüfen. Anschliessend könnten dort, wo Neuerungen nötig seien, über solche verhandelt werden, wo nicht, genügen entsprechende Bestätigungen, dass geschlossene Verträge auch für die RSFSR gälten.

5.4. Hinsichtlich der Anerkennung der Altschulden würde es K vorziehen, wenn eine kollektive Schuldanerkennung aller Republiken zustande käme. Dies würde auch dem Iavlinski-Plan zur Schaffung einer Wirtschaftsunion entsprechen. Sollte allerdings ein solches Einverständnis wegen des Widerstandes einzelner Republiken nicht möglich sein, könnte sich die RSFSR allenfalls bereit erklären, die gesamte Aussenschuld der UdSSR zu übernehmen.

5.5. Für die künftige Zusammenarbeit zwischen der RSFSR und der Schweiz wünscht sich K zweierlei:



- zum einen hofft er auf die Unterstützung der Schweiz beim Aufbau eines Bankensystems, bei der Einführung neuer Technologien, bei der Konversion der Rüstungsindustrie sowie bei der Vermittlung schweizerischer Investitionen.
- sodann erwähnt er die Möglichkeit, eine Deklaration ähnlich der zwischen Russland und Deutschland unterzeichneten auszuarbeiten.

#### 6. Gespräch mit S.P. Tarasienko (T), Stellvertreter und Berater Schewardnazes

Im Zeitpunkt des Gespräches war offiziell noch nicht bekannt, dass Schewardnaze wieder das Aussenministerium übernehmen würde. Die äusserst kritische Situationsanalyse seines ersten Mitarbeiters, eines Insiders an der Schwelle zwischen privater und offizieller Tätigkeit, ist daher besonders interessant:

6.1. T. stellt zunächst fest, dass die Sowjetunion keine Supermacht mehr ist und international kaum mehr etwas zu sagen habe. Mache sie heute in der internationalen Arena einen Vorschlag, frage man sich allenthalben, wer denn da spreche. Die Sowjetunion sei einem rapiden Desintegrationsprozess ausgesetzt, T spricht gar von einem freien Fall. Silajev sei ein "provisional head of a non existing government" und die russische Regierung sei weder stark noch gut. Die Beamten des Aussenministers seien demoralisiert, Pankin kein Gesprächspartner fürs Ausland, unerfahren und im Aussenministerium unbeliebt. Ueberall würden Akademiker die politische Szene beherrschen, die keine Ahnung von konkreten Problemen hätten.

6.2. Was heute Not tue, sei ein funktionsfähiges Zentrum, welches so gestaltet sei, dass es in den Konflikten zwischen den einzelnen Republiken ausgleichend wirken könne. Selbst die Ukraine werde dies letztlich einsehen und begreifen, dass ein starkes Zentrum nötig sei.

6.3. Von ausschlaggebender Bedeutung sei allerdings der Entscheidungsprozess im Zentrum. Dieser müsse der Verlagerung der Macht in die Republiken Rechnung tragen.

6.4. Bezüglich der europäischen Sicherheit sind Ts. Ausführungen alarmierend. Die Sowjetunion stelle heute die grösste Gefahr für die europäische Sicherheit dar. Es sei nicht auszuschliessen, dass sich in einzelnen Teilen totalitäre Regimes etablieren könnten, welche "Saddam type policies" führen könnten. Dies wiederum würde auch für angrenzende Staaten eine Bedrohung darstellen. Noch kontrolliere die Union das Nuklearpotential durch ein ausgeklügeltes Sicherheitssystem, doch "somebody has in-



vented the system, somebody can break it". Ähnliches gelte für die Einhaltung eingegangener Abrüstungsverpflichtungen. Die Republiken seien zwar mit der Uebernahme der Verpflichtungen einverstanden, doch wüssten sie nicht, was diese genau beinhalten.

6.5. T. erachtet es als wichtig, dass westliche Staaten in ihren Gesprächen mit den Republiken klar machten, welche Verpflichtungen und Regeln heute in Europa eingehalten werden müssten, damit man zur Gemeinschaft europäischer Staaten gehören könne.

### 7. Gespräch mit dem Aussenminister der Ukraine, A.M. Zlenko (Z) und dem Vizepräsidenten der Ukraine, I.S.Pliouchtch

Aus den Gesprächen mit den verschiedenen Exponenten der ukrainischen Führung ist ein Punkt von entscheidender Bedeutung: Die Ukraine bewegt sich in schnellen Schritten auf die Unabhängigkeit zu und dürfte diese nach dem Referendum vom 1.12.1991 in nochmals beschleunigtem Tempo erlangen. Die Frage der formellen Anerkennung und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird sich daher schon in nächster Zukunft stellen. Während die Unionsanhänger ein Netz zwischenstaatlicher Beziehungen mit einem koordinierenden Zentrum vorsehen, erachtet die Ukraine zwischenstaatliche Beziehungen ohne irgend ein Zentrum als einzig gangbaren Weg. Aus dieser Grundkonzeption leiten sich die Stellungnahmen zu verschiedenen Sachfragen ab:

7.1. Die Ukraine ist nicht gegen eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den einzelnen Republiken der Sowjetunion. Bevor diese jedoch definiert werden könne, müssten die einzelnen Republiken unabhängig werden. Die Zukunft liege in einer Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern.

7.2. In der künftigen Aussenpolitik der Ukraine werde es drei Kreise von Beziehungen geben:

- Beziehungen zu früheren Unionsrepubliken in Form bi- und multilateraler Verträge
- Integration in die europäischen Strukturen, d.h. Vollmitgliedschaft in KSZE, Europarat usw. und Beziehungen zu westeuropäischen Staaten
- Beziehungen zu allen übrigen Ländern

Ziel der ukrainischen Aussenpolitik sei eine neutrale und nuklearfreie Ukraine. Das Engagement zur Implementierung der von der Sowjetunion unterzeichneten



Abrüstungsverträge sei ein Schritt in diese Richtung, ebenso der Entscheid zugunsten einer eigenen ukrainischen Armee, über deren Grösse allerdings entgegen anderslautenden Berichten noch kein Entscheid gefällt worden sei.

7.3. Was die Minderheiten betrifft, sehen Vizepräsident und Aussenminister keine Probleme. Auch unter den ansässigen Russen sei die Zustimmungsrates zur Unabhängigkeit sehr hoch. Im übrigen wird betont, dass das Gesetz über Staatsbürgerschaft vorsieht, dass alle in der Ukraine ansässigen automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten würden.

7.4. Der Wirtschaftsvertrag zwischen der Union und den Republiken werde kaum eine Chance haben, erst recht nicht nach dem Referendum vom 1.12.1991. An seiner Stelle sollen bilaterale Verträge mit den einzelnen Republiken treten. Mit Azerbeidschan und Russland seien entsprechende Abkommen bereits abgeschlossen, solche mit andern Republiken werden folgen.

7.5. Ab anfang 1992 wird die Ukraine die Rubel aus dem Verkehr ziehen und an ihrer Stelle Coupons abgeben, welchen die Funktion einer Uebergangswährung zukommt. Etwa ein Jahr später hoffen die Verantwortlichen eine eigene Ukrainische Währung in den Verkehr zu setzen. Die Schaffung einer eigenen Währung sei eine Notwendigkeit zum Schutz der ukrainischen Wirtschaft, welche sonst durch den galoppierenden Zerfall des Rubels geschädigt würde.

#### 8. Gespräch mit dem Präsidenten der ukrainischen Nationalbank , W.P. Matvienko (M) und Finanzminister V.P.Tentuk

Im Laufe des Gespräches, welches auf ukrainischer Seite ausschliesslich der Präsidenten der Nationalbank bestritt, wurden folgende Themenkreise berührt:

8.1. Altschulden: entgegen anderslautenden Mitteilungen wolle sich die Ukraine nicht von der Aussenschuld zurückziehen; sie sei auch gegen eine Löschung der Schulden. Was Kiew verlange sei eine genaue Aufstellung der Aussenschuld und eine entsprechende Aufteilung auf die Republiken. Man sei bereit, alle ukrainischen Schulden zu bezahlen, könne sich aber nicht an der russischen Schuld beteiligen. So sei Russland noch in den vergangenen Monaten umfangreiche Verpflichtungen eingegangen, welche einzig ihm zugute kommen. Die Ukraine jedoch habe kein Interesse daran die russischen Kartoffeln zu bezahlen. Ausserdem müsse neben der Schuldaufteilung auch eine befriedigende Aufteilung der Guthaben der Sowjetunion



auf die einzelnen Republiken erfolgen. (Wem gehört beispielsweise die Flotte der Aeroflot?)

In den nächsten Monaten werde die Ukraine bemüht sein, ihre Konten aus Moskau abzuziehen und ihre Guthaben nach Kiew zu transferieren. Je schneller die ausländischen Gläubiger mit der Ukraine Kontakt aufnehmen, umso eher würde die die Ukraine betreffende Schuld bedient.

8.2. Kritisch zeigt sich M hinsichtlich der Möglichkeit, einen einheitlichen Wirtschaftsraum im Sinne des Iavlinski-Planes zu schaffen. Zwar wäre auch die Ukraine für ein koordiniertes Vorgehen zwischen den einzelnen Republiken, doch sei dies durch Jelzins Unilateralismus in Sachen Preisliberalisierung und Privatisierung verunmöglicht worden. Das Vorgehen Jelzins und Iavlinskis verhindere gerade die Marktwirtschaft. Privatisierung, Marktstrukturen und der Abbau der Staatsmonopole seien zwar nötig, doch könne dies nicht unter Vernachlässigung der Menschen, geschehen. Wer dermassen theoretisiere könne nur als ungebildet oder krank bezeichnet werden.

8.3. Entschlossen zeigt sich M hinsichtlich der Schaffung eines eigenen Bankensystems und einer Währung. Die ukrainische Nationalbank versteht sich als Organisator eines nach kommerziellen Gesichtspunkten aufgebauten Bankensystems. Zum Aufbau desselben wäre die Unterstützung durch die Schweiz sehr willkommen, wobei nicht eine theoretische sondern eine sehr praktische Hilfe nötig sei. (Wie wird ein Konto eröffnet? Wie soll das Devisengeschäft organisiert werden? Wie kann man die Geldmenge regeln?). Ab 1.1.1992 sollen die Rubel zurückgezogen und durch Coupons ersetzt werden. zunächst im Verhältnis 1:1; anschliessend werde der Kurs dem Markt überlassen.



